



Genosse Herbert Wolf (r.), Stellvertreter des Bürgermeisters von Pößneck, überzeugt sich regelmäßig, wie die Altbauten der Kreisstadt zügig modernisiert werden. Bauleiter Heiner Wöckel (2. v. l.) berichtet, an Ort und Stelle dabei sind der Abgeordnete Wilhelm Groß und die Mitarbeiter des VEB Gebäudewirtschaft Margot Kießling und Volker Heber (v. r. n. l.)

Foto: ADN-ZB/Liebers

Gerade darum haben der IX. Parteitag und erneut die 4. Tagung des Zentralkomitees so eindringlich auf die enorme Bedeutung der Eingaben, Hinweise, Kritiken und Vorschläge der Werktätigen hingewiesen. Die richtige Arbeit mit ihnen und deren Kontrolle kann darum niemals die Ressortangelegenheit irgendeiner Abteilung oder Kommission in den Parteiorganen oder im Staatsapparat sein, und sie ist nicht einfach eine Aufgabe neben anderen. Sie ist Sache jeder Leitung der Partei, jeder Volksvertretung, jedes staatlichen Organs.

Viele Genossen in den Parteileitungen, staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Massenorganisationen, Ausschüssen der Nationalen Front und in den Massenmedien haben gut verstanden, warum im Statut der SED die Pflicht jedes Parteimitgliedes betont wird, rechtzeitig auf die Wünsche und Bedürfnisse, auf Vorschläge und Kritiken zu achten und dazu beizutragen, notwendige Veränderungen herbeizuführen. Im Verhalten zu den Eingaben widerspiegelt sich ihr Verhältnis zu den Bedürfnissen der Menschen.

Prüfungen der Bezirks- und Kreisrevisionskommissionen haben ergeben, daß in einer großen Anzahl von Kreisleitungen und Grundorganisationen die Eingaben aus der Bevölkerung vorbildlich erfaßt, fristgemäß beantwortet, in die Beschlußfassung und in die Information einbezogen, die Anliegen der Bürger befriedigend gelöst werden und bis zum Abschluß einer ständigen Kontrolle unterliegen.

Die Hinweise, Vorschläge und Kritiken, die zum Beispiel auf der XII. Bezirksdelegiertenkonferenz Rostock erfolgten, haben durch Beschluß des Sekretariats der Bezirksleitung zu mehr als 100 Festlegungen geführt, die zur Arbeitsgrundlage der Mitarbeiter der Bezirksleitung sowie der Genossen in den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen und gesellschaftlichen Organisationen geworden sind. Auch in

Das Verhältnis zu den
Bedürfnissen des
Menschen